

Grundsätzlich ja, aber ...

Kann man etwas gegen eine Initiative haben, die gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt? Die sowohl der Wirtschaft als auch den Arbeitgebern zugutekommt und schliesslich auch noch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert? Der Landtag tat sich schwer.

DESIRÉE VOGT

VADUZ. Da dachten wohl so einige im Vorfeld: Das wird ein leichtes Spiel. Denn das Ziel der Initiative der Wirtschaftskammer ist schliesslich eines, das auch die Politik verfolgt. Doch bekanntlich führen viele Wege nach Rom. Und nicht alle können oder wollen den gleichen gehen. So kam es, dass die Initiative nur knapp mit 13 Stimmen angenommen wurde. Ausserdem soll sie noch dem Volk vorgelegt werden.

Kampf um bessere Argumente

Bis zur Volksabstimmung werden die Initianten, aber auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini noch einiges an Aufklärungsarbeit vor sich haben, wenn sie wollen, dass die Liechtensteiner ihren Anliegen folgen. Die Wirtschaftskammer will die Finanzierung der Kitas durch ein Gesetz regeln. Das will der Gesellschaftsminister auch. Doch die Wirtschaftskammer will

zudem das Mutterschaftstaggeld künftig von der Familienausgleichskasse (FAK) entrichten lassen. Und das will der Gesellschaftsminister nicht. Nun muss sich das Volk bis zur Abstimmung mit Pro und Contra befassen. Wird die Initiative an der Urne abgelehnt, sind leider beide Themen vom Tisch, obwohl nur eines davon umstritten ist.

Beifall für die Initiative

Zu den Argumenten: Die Wirtschaftskammer rechnet mit einem durchschnittlichen Überschuss der FAK-Rechnung von rund 9,5 Millionen Franken. Die Kosten für die Kita-Finanzierung würden sich auf 1,5 Millionen Franken, jene für das Mutterschaftstaggeld auf 6,5 Millionen Franken belaufen. Beide Vorhaben wären also finanziell gesichert. Und sie hätten den Vorteil für die Arbeitgeber, dass sich die Prämien durch den Wegfall der Mutterschaftsgelder um bis zu 15 Prozent reduzieren könnten.

«Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden entlastet und der Staat nicht weiter belastet», gratulierte nicht nur die FL-Abgeordnete Helen Konzett-Bargetze der Wirtschaftskammer zur gelungenen Initiative. «Dieser Initiative ist nichts entgegenzuhalten», sagte Frank Konrad (VU). Und der FBP-Abgeordnete Rainer Gopp meinte: «Hier hat die Wirtschaftskammer wohl einen Treffer gelandet.»

Furcht vor Reservenabbau

Nicht mehr ganz so optimistisch tönte es, nachdem die ersten Abgeordneten die Frage aufwarfen, inwiefern die von der Wirtschaftskammer genannten Zahlen stimmen und ob die FAK die finanziellen Folgen auf lange



Bild: Daniel Ospelt

Christian Batliner (FBP) hatte Bauchschmerzen und wollte dem Volk einen Gegenvorschlag vorlegen. Er kam damit nicht durch.

Sicht stemmen kann. «Die beiden geforderten Geldströme werden zu einem Reservenabbau führen», ist Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini überzeugt. Da derzeit rund 100 Millionen Franken an Reserven vorhanden sind, würden diese zwar nicht von heute auf morgen aufgebraucht sein. Aber irgendwann müsse eingegriffen werden. «In den nächsten Jahren können wir nicht so grosse Kapitalmarktren-

ditionen erwarten», so Pedrazzini. Ausserdem handle es sich dabei um Schwankungsreserven. «Damit können negative Entwicklungen abgefangen werden. Der Fonds erfüllt die Rolle eines Beitragszahlers», so Pedrazzini.

Gegenvorschlag als Kompromiss

Diese finanziellen Bedenken sowie auch das für den Krankenkassenverband problematische Inkrafttretensdatum am 1. Ja-

nuar 2017 führte zu einer langen Diskussion im Landtag. «Ich würde die Initiative gerne unterstützen. Aber nicht, solange noch so viele Fragen offen sind», sagte etwa der FBP-Abgeordnete Christian Batliner. Er tue sich schwer damit, die Vorlage jetzt einfach durchzuwinken und dem Volk vorzulegen. «Mit einem Gegenvorschlag, der die Variante für die Kindertagesstätten übernimmt, und einem parteiübergreifenden Vorschlag zum Mutterschaftstaggeld zu einem späteren Zeitpunkt könnten wir ein positives Signal aussenden.»

«Endlich Mut zeigen»

«Die politische Unfähigkeit hat die Wirtschaftskammer erst dazu bewogen, das Heft in die Hand zu nehmen. Mit der Diskussion über einen Gegenvorschlag setzen wir nur jene Diskussion, die wir jetzt haben, fort. Das wird nichts bringen», ärgerte sich der FL-Abgeordnete Wolfgang Marxer. Der Initiative würden nun Punkte angelastet, für die sie nichts könne. Werde sie angenommen, liege es doch an der Politik, ihr zur Umsetzung zu verhelfen. «Schieben wir das Thema jetzt nicht mit einem Gegenvorschlag auf die lange Bank. Machen wir den ersten Schritt. Sammeln wir Erfahrungen und sehen dann in einigen Jahren weiter. Wenn wir Mut zeigen wollen, endlich einmal etwas in dieser Frage zu entscheiden, dann haben wir jetzt die Möglichkeit und das Mittel dazu.» Diesen Mut zeigten schliesslich 13 Abgeordnete. Doch, ob es ihnen die Bürger an der Urne gleichtun, steht noch in den Sternen. Die Abstimmung muss in den nächsten drei Monaten stattfinden.

Abstimmungsverhalten Initiative «Familie und Beruf»

13 Jastimmen

Manfred Batliner (FBP)
Albert Frick (FBP)
Rainer Gopp (FBP)
Johannes Kaiser (FBP)
Manfred Kaufmann (VU)
Frank Konrad (VU)
Violanda Lanter-Koller (VU)
Judith Oehri (VU)
Thomas Vogt (VU)
Christoph Wenaweser (VU)
Helen Konzett-Bargetze (FL)
Thomas Lageder (FL)
Wolfgang Marxer (FL)

12 Neinstimmen

Christian Batliner (FBP)
Alois Beck (FBP)
Helmuth Büchel (FBP)
Elfried Hasler (FBP)
Wendelin Lampert (FBP)
Eugen Nägele (FBP)
Christoph Beck (VU)
Peter Büchel (VU)
Herbert Elkuch (DU)
Erich Hasler (DU)
Harry Quaderer (DU)
Pio Schurti (DU)

Volksabstimmung

Dem Antrag auf Volksabstimmung durch den FBP-Abgeordneten Christian Batliner stimmten 19 Abgeordnete zu.

Nein stimmten nur der FBP-Abgeordnete Johannes Kaiser, die VU-Abgeordneten Thomas Vogt und Christoph Wenaweser sowie die gesamte FL-Fraktion mit Thomas Lageder, Helen Konzett Bargetze und Wolfgang Marxer.



Bild: Daniel Schwendener

Frank Konrad (VU): «Dieser Initiative ist nichts entgegenzuhalten.»